

Projektsteckbrief „Digitale Rechtsmobilisierung. Eine Provokation für die Sozialverwaltung?“ (SozLegalTech)“

Projektträger:

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl Politisches System Deutschlands

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Berthold Vogel (berthold.vogel@sofi.uni-goettingen.de) und Dr. Birgit Apitzsch (birgit.apitzsch@sofi.uni-goettingen.de), SOFI Göttingen, und Prof. Dr. Britta Rehder, Ruhr-Universität Bochum (britta.rehder@rub.de)

Das beantragte Projekt nimmt aktuelle und bisher kaum untersuchte Veränderungen in den sozialpolitischen Akteurskonstellationen in den Blick, die die – oftmals konflikthafter – Auseinandersetzungen zwischen BürgerInnen und Sozialverwaltungen um das Recht auf sozialstaatliche Leistungen beeinflussen. Nicht zuletzt die Klagewelle im Zuge der Hartz-IV-Gesetzgebung hat verdeutlicht, dass Anwaltskanzleien als sozialpolitische Akteure erheblich an Bedeutung gewonnen haben – komplementär oder in Konkurrenz zu den klassischen Verbänden und zu nicht-kommerziellen Rechtsberatungen. Insbesondere digitale Formen der Rechtsmobilisierung haben die SGB-II-Klagewelle verstärkt und die Aufmerksamkeit auf neue Organisationen der Plattform-Ökonomie gelenkt, die durch den Einsatz so genannter „Legal Technologies“ Rechtsdienstleistungen automatisieren und so die standardisierte und massenhafte Rechtsmobilisierung ermöglichen. Auch in anderen Sektoren der Sozialpolitik entstehen neue digitale Angebote zur Rechtsberatung und –durchsetzung, z.B. im Gesundheitssektor und im Bereich der Altersversorgung. Bisher wissen wir wenig über die Marktstrategien, Interaktionsorientierungen und sozialpolitischen Leitbilder dieser neuen Akteure, die zumindest vordergründig vor allem daran interessiert zu sein scheinen, eine hohe Zahl an Widerspruchsverfahren und Klagen zu produzieren. Auch sind die Folgen für den Zugang zu sozialen Rechten, der maßgeblich durch Sozialverwaltung, Verbände, aber eben auch durch marktbasierter und zunehmend digitalisierte Angebote anwaltlicher Beratung und Interessenvertretung geprägt wird, ungewiss.

Vor diesem Hintergrund zielt das beantragte Vorhaben auf ein besseres Verständnis der Folgen dieser veränderten Akteurs- und Interessenskonstellationen für sozialpolitisches Handeln. Im Zentrum steht dabei die Sozialverwaltung und ihre Interaktion mit den Legal-Tech-Rechtsdienstleistern, die ganz maßgeblich auf den Zugang der BürgerInnen zum Rechts- und Sozialstaat Einfluss nimmt. Der Schwerpunkt des Projekts liegt - in Ergänzung zu der bereits existierenden Forschung zur Gerichtsbarkeit - auf vor- und außergerichtlichen Auseinandersetzungen. Die Untersuchung wird mit einem quantitativ-qualitativen Methodenmix die Landschaft der „Legal-Tech-Kanzleien“ eruieren sowie deren sozialpolitische Leitbilder und Strategien gegenüber der Verwaltung untersuchen. Auf Grundlage qualitativer Forschungsmethoden werden zudem Auswirkungen auf organisationale und normative Rahmenbedingungen der Arbeit in der Sozialverwaltung, insbesondere im Bereich der Jobcenter und der Rentenversicherung, untersucht. Die Ergebnisse des Vorhabens sind nicht nur für die politikwissenschaftliche und die soziologische Forschung zu Sozialpolitik und Recht relevant, sondern auch für die empirisch interessierte Rechtswissenschaft sowie in besonderer Weise für die sozial- und rechtspolitischen Akteure.